



ALLES AM LAUFEN HALTEN

Maschinen- und Anlagenführer sorgen bei Sealable für eine reibungslose Produktion. Diese Verantwortung reizt auch Azubis wie Omar Said



Liebe Leserinnen und Leser!

Bei der Wahl am 23. Februar geht es um eine Richtungsentscheidung – nicht wegen eines möglichen Ampel-Comebacks, das so wahrscheinlich ist wie eine Reunion von Modern Talking. Sondern weil diese Bundestagswahl für den Wohlstand der Zukunft entscheidend sein dürfte. Wohin steuern unser Land und unsere Wirtschaft? Schaffen wir die Wende – oder verlieren wir endgültig den Anschluss an die Weltspitze? Wer auch immer nach dem Urnengang die Regierung übernimmt, muss schnell tragfähige wirtschaftspolitische Konzepte vorlegen.

Wie ernst die Lage inzwischen ist, haben Ende Januar Tausende Unternehmerinnen und Unternehmer im ganzen Land deutlich gemacht. Mit Plakaten, Aktionen und einer Demonstration vor dem Brandenburger Tor forderten sie die Politik auf, endlich gegen ausufernde Bürokratie, hohe Energiepreise und die erdrückende Steuerlast für die Betriebe vorzugehen. Dazu braucht es Mut, Pragmatismus – und einen lösungsorientierten Blick über Parteigrenzen hinweg.

Die Ampel ist zerbrochen, weil sie genau diese Voraussetzungen nicht erfüllen konnte. Und wer die Debatte nach dem Scheitern des CDU-Antrags zur Migrationspolitik verfolgt hat, ahnt: Auch die nächste Regierung wird mit den gleichen Problemen kämpfen. Tief sind die (ideologischen) Gräben, die sich mittlerweile durch unsere Politik und Gesellschaft ziehen.

Doch wir müssen sie überwinden. Sonst riskieren wir nicht nur unseren Wohlstand, sondern auch den sozialen Frieden in unserem Land. Streiten wir also wieder um die Sache – und nicht mehr um die Frage, wer auf der richtigen und wer auf der falschen Seite steht.

Ich wünsche Ihnen spannende Erkenntnisse, auch mit dieser Ausgabe. Das nächste KAUTSCHUK-Magazin erscheint dann am 5. April.

Herzlichst Ihre

Isabel Link

Leiterin interne Kommunikation ADK

Inhalt

03

Kurz notiert Kunststoffmarkt unter Druck – Starke Verpackungsexporte – Dunlop-Übernahme durch Sumitomo: News aus der Branche

04

Mein Ding Flexibel auf dem Fußballplatz, präzise im Job: Omar Said wird bei Sealable zum Maschinen- und Anlagenführer ausgebildet

06

Fit für den Job Smarte Wearables: Vom Ring bis zum Schuh clever vernetzt – aber was ist mit den Daten? Ein genauer Blick lohnt sich

07

Standort Im Innovationsstau: Die Ökonomin Hanna Hottenrott fordert mehr Erfindergeist, damit Deutschland wettbewerbsfähig bleibt

08

Schwerpunkt Bei der Bundestagswahl am 23. Februar zählt jede Stimme – für die Demokratie und für eine starke Wirtschaft

12

Unser Ding Wie funktioniert das mit den Schülerjobs? Zum Beispiel so: Gymnasiastin Ann-Julie Freiberg arbeitet bei Agergaard

14

Soziale Marktwirtschaft Der CO₂-Preis steigt, nachhaltige Alternativen werden attraktiver: Das ist die Idee hinter der Klimaschutz-Abgabe

15

Zahlen & Fakten Da geht es wirklich ums Prinzip: Demokratie sichert unsere Freiheit, fördert die Wirtschaft – und muss verteidigt werden

16

Das Ding / Glosse Winterwetter: So bleiben Autotüren und Wischer eisfrei / Bonzo gibt Pfötchen für demokratische Mitbestimmung

online unter kautschuk-magazin.de



Titelfoto: KAUTSCHUK/Wiegand Sturm, Foto oben: ADK

IMPRESSUM

KAUTSCHUK erscheint im Verlag der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Herausgeberin
Isabel Link, Hannover

Redaktionsleiter
Roman Winnicki (verantwortlich)

Redaktion Elke Bieber, Stephan Hochrebe, Hans Joachim Wolter; Ursula Hellenkemper (Schlussredaktion)

Kontakt 0221 4981-670
redaktion@kautschuk-magazin.de

Gestaltung Alice Kaiser, Wahideh Mostafawy; Daniel Roth (Bilder)

Vertrieb Tjerk Lorenz, 0221 4981-216
vertrieb@kautschuk-magazin.de

Fragen zum Datenschutz
datenschutz@kautschuk-magazin.de

Alle Rechte liegen beim Verlag.

Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung erhalten Sie über lizenzen@iwkoeln.de.

Druck Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Kassel

KAUTSCHUK wird gedruckt auf mit dem Umweltzeichen „Blauer Engel“ ausgezeichneten Papier aus 100 Prozent Recycling-Material.



Kurz notiert

Aktuelle Nachrichten
aus der Branche

PLASTIK-MARKT UNTER DRUCK

FRANKFURT. Die schwankende Industrieproduktion in der EU, insbesondere in Deutschland, hat die Nachfrage nach Kunststoffen im dritten Quartal 2024 spürbar beeinträchtigt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, sank die Produktion von Kunststoffrohstoffen im Vergleich zum Vorquartal um 2,4 Prozent. Positiv entwickelten sich die Erzeugerpreise: Sie fielen um 0,7 Prozent – ein Rückgang, der vor allem auf gesunkene Rohstoffkosten zurückzuführen ist. Dennoch schrumpfte der Branchenumsatz um 1,3 Prozent auf 6,7 Milliarden Euro. Auch der Außenhandel schwächelt: Laut dem Verband Plastics Europe Deutschland (PED) gingen die Exporte um 6,4 Prozentpunkte zurück, eine schnelle Erholung sei nicht in Sicht. „Besonders bedenklich ist aus meiner Sicht der Rückgang von Exporten und Investitionen, zwei Säulen der deutschen Wettbewerbsfähigkeit“, sagt Christine Bunte, Hauptgeschäftsführerin des Verbands. Die Transformation zur klimaneutralen Kreislaufwirtschaft werde dadurch zusätzlich erschwert. Um die Branche zukunftsfähig zu machen, brauche es wettbewerbsfähige Energiepreise, weniger Bürokratie und gezielte Investitionen in Recycling- und Kreislauftechnologien, fordert der Verband.

HOFFNUNG FÜR VERPACKER

BAD HOMBURG. Die deutsche Kunststoffverpackungsbranche blickt vergleichsweise optimistisch ins neue Jahr – vor allem dank stabiler Exporte. Laut einer Umfrage der IK Industrievereinigung Kunststoffverpackungen unter 92 Mitgliedsunternehmen rechnen 70 Prozent mit einer gleichbleibenden Nachfrage aus dem Ausland.



Foto: Sergey Ryzhov – stock.adobe.com

Exportstarke Branche: Fast jede zweite Verpackung geht ins Ausland.

KENNZAHLEN DER DEUTSCHEN KUNSTSTOFFINDUSTRIE

So hat sich das 3. Quartal 2024 im Vergleich zum Vorquartal verändert (Angaben in Prozent)

Produktion	-2,4
Erzeugerpreise	-0,7
Umsatz	-1,3
Exporte	-6,4
Importe	-4,6
Beschäftigte	-0,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, PED

Wirtschaftliche Unsicherheiten: Die deutsche Kunststoffindustrie leidet unter Umsatz-, Export- und Investitionsrückgängen.

Mit einer Exportquote von 47 Prozent in den ersten drei Quartalen 2024 gehört die Branche zu den zehn exportstärksten des Verarbeitenden Gewerbes. Auch die Stimmung hellt sich auf: Nur noch 20 Prozent der Unternehmen blicken pessimistisch in die Zukunft. Im Inland bleibt die Lage allerdings angespannt. Laut IK bewerteten 70 Prozent der Unternehmen die aktuelle Geschäftslage als schlecht – ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorquartal. Bewegung gibt es auch auf dem Arbeitsmarkt. Der Anteil der Betriebe, die neue Stellen schaffen wollen, hat sich seit Anfang 2024 fast verdreifacht und liegt nun bei 11 Prozent – dem höchsten Wert seit 2022. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Unternehmen, die Stellen abbauen.

DUNLOP GEHT AN SUMITOMO

AKRON/USA. Goodyear hat den Verkauf der Marke Dunlop an Sumitomo Rubber Industries (SRI) für 701 Millionen US-Dollar bekannt gegeben. Die Transaktion umfasst geistiges Eigentum und Reifenbestände und ist Teil des Transformationsplans Goodyear Forward. SRI zahlt 526 Millionen US-Dollar für die Marke und 105 Millionen US-Dollar für Übergangsunterstützung. Zusätzlich übernimmt das Unternehmen Dunlop-Reifenbestände für 70 Millionen US-Dollar. Goodyear-CEO Mark Stewart betont, dass der Verkauf eine stärkere Fokussierung auf die Kernmarken ermögliche und den Verschuldungsgrad reduziere. Bis Ende 2025 wird Goodyear weiterhin

Dunlop-Reifen in Europa vertreiben und Lizenzgebühren erhalten. Danach wird das Unternehmen für fünf Jahre bestimmte Dunlop-Modelle an SRI liefern. Lkw- und Motorradreifen der Marke Dunlop in Europa und Ozeanien verbleiben bei Goodyear. Die Transaktion wird voraussichtlich Mitte 2025 abgeschlossen sein, vorbehaltlich behördlicher Genehmigungen.



Foto: Jakob Ebrey

Markenwechsel: Dunlop geht für 701 Millionen US-Dollar an den neuen Besitzer SRI.

AZUR FORDERT KLARHEIT

WILLICH. Die Allianz Zukunft Reifen (AZuR) drängt auf eine eindeutige gesetzliche Einstufung von chemisch recycelten Materialien aus Altreifen. Insbesondere recycelter Industrieruß (recovered Carbon Black – rCB) und Pyrolyse-Öl aus Altreifen (Tire Pyrolysis Oil – TPO) sollen nicht mehr als Abfall, sondern als Sekundärrohstoffe – also als wiedergewonnene Stoffe – gelten. rCB ist ein feines, schwarzes Pulver, das in der Reifenproduktion, in Kunststoffen oder als Farbpigment eingesetzt wird. TPO ist ein Öl, das als Rohstoff für die chemische Industrie

oder zur Herstellung von Kraftstoffen verwendet werden kann. Beide Stoffe könnten fossile Rohstoffe ersetzen und so zur Kreislaufwirtschaft beitragen, doch EU-Vorschriften stehen dem im Weg. Der Grund: Die EU-Abfallrahmenrichtlinie und die Chemikalienverordnung REACH sind nicht aufeinander abgestimmt. Während die eine verlangt, dass ein Stoff erst nach behördlicher Prüfung als Produkt gilt, macht die andere rCB und TPO zu registrierungspflichtigen Chemikalien – Abfälle sind davon aber ausgenommen. Die Folge: Rechtsunsicherheit für Unternehmen. „Die aktuelle Rechtslage behindert die Kreislaufwirtschaft in der Altreifenbranche“, warnt AZuR-Koordinatorin Christina Guth.



Foto: anusak – stock.adobe.com

Recycler Industrieruß: Wertvoller Rohstoff statt Abfall? AZuR fordert Klarheit.

Eine EU-weit einheitliche Regelung sei notwendig, um Investitionen zu sichern, Recyclingprozesse zu stärken und die Umweltziele der EU zu erreichen.

Roman Winnicki

Torwart und Techniker

Mein Ding

Sturm, Viererkette, Tor: Im Fußball hat Omar Said schon überall gespielt. Seine Flexibilität kommt ihm jetzt als Azubi zum Maschinen- und Anlagenführer bei Seable Solutions zugute



Handarbeit: Omar Said rollt mit Schichtleiterin Katja Müller Profile für Terrassenüberdachungen auf.



Seable Solutions – die Fakten

Seable Solutions produziert im thüringischen Waltershausen Dichtungs- und Isolationslösungen auf Kautschukbasis für die Industrie, den Gleis- und Tunnelbau. Die Gummi-Industrie ist in der Region tief verwurzelt: Vor mehr als 200 Jahren schon stand hier eine Schlauchfabrik. In der DDR war Waltershausen der größte Standort der Gummi-Industrie des Landes. Nach der Wende übernahm die Phoenix AG Hamburg, später ContiTech. Es folgten diverse Übernahmen. 2020 entstand Seable Solutions mit heute 163 Beschäftigten.



Ausgangsmaterial: Gummi ist der Grundstoff der Seable-Produkte.

WALTERSHAUSEN Omar Said muss nicht weit radeln, um seine Ziele zu erreichen. Drei Minuten sind es bis zur Sportanlage Gothaer Straße, auf der sein Fußballverein trainiert. Der Imbiss, den seine Familie im Ort betreibt? Mal eben ums Eck. Und das Unternehmen, in dem der 18-Jährige gerade eine Ausbildung zum Maschinen- und Anlagenführer gestartet hat: „Vielleicht einen Kilometer von zu Hause.“

Nähe zählt – auch für Sids Ausbildungsbetrieb Seable Solutions. Der Kautschuk-Spezialist produziert weltweit gefragte Dichtungs- und Isolationslösungen. Waltershausen in Thüringen ist der einzige Standort. „Deshalb tun wir viel, um Fachkräfte aus der Region zu gewinnen“, sagt Personalleiterin Anika Bessing-Schmidt.

TUNNEL, WINDRÄDER UND BAHNGLEISE

Bei Omar Said waren es Bekannte, die ihm von Seable erzählten. Freunde seines Bruders arbeiten schon länger im Unternehmen. „Ich fand interessant, was sie machen“, sagt er. „Dass viel mit Technik gearbeitet wird, zum Beispiel.“ Und dass Seable-Produkte überall auf der Welt Probleme lösen.

Das 12.000-Einwohner-Städtchen, gelegen zwischen Eisenach und Gotha, ist seit mehr als 200 Jahren für seine Kautschuk- und Gummiprodukte bekannt. Heute hat Continental hier ein Elastomer-Werk. Auf demselben Campus stehen die Werkhallen von Seable Solutions.

Wer Omar Said an seinem Arbeitsplatz besucht, kommt durch ein Treppenhaus mit etagenhohen Fotos. Offshore-Windräder auf hoher See, eine Straßenbahn, die aus einem Tunnel fährt: Die Bilder zeigen, wo Produkte „made in Waltershausen“ überall im Einsatz sind. „Die Kabel am Meeresgrund, die Strom aus den Windparks an Land leiten, sind mit unseren Profilen ummantelt“, erklärt Personalleiterin Bessing-Schmidt. Auch in vielen Tunneln weltweit steckt Dichtungstechnik aus Thüringen – etwa in der Pariser Metro oder der längsten Eisenbahnstrecke Norwegens. „Und in Städten wie Berlin sorgen unsere Gleisbettmatten dafür, dass Straßenbahnen leise fahren“, ergänzt der Azubi Said.

Seine Ausbildung zum Maschinen- und Anlagenführer im Bereich Kunststoff und Kautschuk ist neu bei Seable. „Omar ist einer der ersten beiden Azubis, die sie durchlaufen“, erklärt Bessing-Schmidt. Bislang konnten sich gewerbliche Azubis hier in drei Jahren zum Verfahrensmechaniker (heute: Kautschuk-Technik) ausbilden lassen. Das neue, zweijährige Angebot mache es Bewerbern leichter, erklärt die Personalleiterin: „Zum einen braucht es dafür nur den Hauptschulabschluss. Zum anderen ist die Ausbildung noch praxisorientierter und geht in Fächern wie Chemie oder Kunststofftechnik weniger ins Detail.“

KERNKOMPETENZ: FLEXIBEL BLEIBEN

Was Azubis bei Seable dagegen unbedingt brauchen: die Fähigkeit, schnell umzuschalten im Kopf. „Man muss anhand der Zeichnung verstehen, was an einer Maschine produziert wird“, erklärt Schichtleiterin Katja Müller, die Said in den ersten Monaten der Ausbildung eng betreut. Und das kann vieles sein. Die Produktpalette bei Seable reicht von Gummiprofilen für Fenster oder Terrassenüberdachungen bis hin zu Dämpfungslösungen für die futuristische „Hyperloop“-Teststrecke im bayerischen Ottobrunn. Wer das nicht kennt: Dieses neuartige Transportsystem soll Menschen in Kapseln mit unglaublicher Geschwindigkeit befördern. „Man macht jeden Tag was anderes“, sagt Anlagenführerin Müller. Und für jedes Produkt müssen Kennzahlen wie Temperatur und Drehzahl an der Maschine eingestellt werden.



„Wir tun viel, um Fachkräfte aus der Region zu gewinnen“

Anika Bessing-Schmidt, Personalleiterin

Sich immer wieder auf Neues einstellen: Das kennt Omar Said aus seinem Fußballverein. „Beim FSV Waltershausen hab ich schon alles gespielt, von Abwehr über Mittelfeld bis Sturm“, sagt der Azubi. Im Moment fehlt der Torwart im Team, deshalb stehe er jetzt zwischen den Pfosten. „Ich spiele da, wo ich gebraucht werde.“

Gebraucht würde er wohl auch im Betrieb seines Vaters, einer Imbissbude im Ortskern von Waltershausen. „Ich habe schon oft in unserem Familienbetrieb mitgearbeitet, aber auf Dauer wäre das nichts für mich“, sagt er und lacht. Als Betreiber eines Döner-Imbisses habe man gefühlt drei Tage Urlaub im Jahr.

KARRIERE MACHEN MIT KAUTSCHUK

In der Industrie dagegen gibt es 30 Tage – und sogar Aufstiegschancen. „Ich könnte mir vorstellen, irgendwann Schichtleiter zu werden“, sagt Said. „Vielleicht kann ich auch in die Entwicklung gehen.“

Dafür müsste er nach der Ausbildung nicht einmal die Firma wechseln: Bei Seable kümmert sich eine eigene Entwicklungsabteilung darum, Geometrien für neue Profile zu entwerfen.

Aber das ist noch Zukunftsmusik für den angehenden Maschinen- und Anlagenführer. Im Moment geht es für ihn vor allem ums Zuhören und Verstehen. „Es ist wichtig, dass ich die Maschinen kennenlernen. Irgendwann muss ich sie schließlich selbst bedienen können“, sagt der junge Mann.

Für ihn fühlt sich die Ausbildung zumindest bisher wie ein Heimsieg an, sagt Said: „Das ist doch der Jackpot: eine gute Firma finden, die auch noch in der Nachbarschaft ist.“ Und weil er als Azubi im ersten Lehrjahr nur Frührschichten übernehmen darf, muss der FSV Waltershausen beim Training auch nicht auf seinen Torwart verzichten. Das wäre nämlich schlecht: Das Team steht Anfang Februar auf einem Abstiegsplatz.

Michael Aust

Smarte Gadgets: Kleine Geräte, große Wirkung

Fit für den Job

Ein pulsmessender Ring, eine Brille, die Infos zeigt – Wearables sind praktisch, wenn man auf seine Daten achtet

Auf einer Uhr nur die Zeit ablesen? Das war gestern! Mittlerweile misst die Smartwatch den Puls und hat eine Bezahlfunktion. Die vielen Anbieter smarter Anwendungen finden regelmäßig neue Möglichkeiten, uns nahezukommen – mit sogenannten Wearables. Das ist der Oberbegriff für Technik, die man am Körper trägt und die immer kleiner und unauffälliger wird. Und immer häufiger sind solche Wearables durchaus hilfreich. Einige Beispiele:



FITNESS-RING

Es gibt zwar einige wenige Modelle, die „nur“ als Bezahlring fungieren. Aber oft handelt es sich bei Smartringen um Fitnesstracker, die über Sensoren Schrittzahl, Puls, Sauerstoffsättigung oder auch die Schlafqualität dokumentieren. Zum Auslesen werden die Daten an eine App etwa auf dem Smartphone weitergeleitet. Wer also in Sachen Fitness etwas dezenter sein will, für den kann so ein Ring eine Alternative sein. Nachteil: Der schnelle Blick aufs Display ist nicht möglich. Und was so ein Ring kann, ist abhängig von Zusatzkäufen. So lassen sich etwa Trainingspläne über In-App-Käufe herunterladen. „Bei manchen Ringen sind bestimmte Funktionen an den Abschluss von solchen Abos geknüpft“, warnt Michael Scherer von der Verbraucherzentrale Brandenburg – eine versteckte Kostenfalle. Beim Kauf sollte man außerdem auf Wasserdichtigkeit, Stoßfestigkeit und natürlich den festen Sitz am Finger achten. Übrigens: Der Ring ließe sich zukünftig auch im Job nutzen, etwa wenn die intelligente Maschinensteuerung einen Alarm aufs Smartphone sendet, weil ein Fehler aufgetreten ist. Dann vibriert auch der smarte Ring.



BRILLE MIT DURCHBLICK

Smarte Brillen können über Miniatur-Displays und Sensoren verfügen, über Kameras und Mikrofone. Die Träger bekommen zum Beispiel Inhalte in ihr Sichtfeld eingeblendet: Augmented Reality nennt man das. Das kann im Beruf helfen, um etwa Handgriffe oder Installationsanweisungen abrufen zu können. Die Sache wird aber auch für den privaten Alltag immer interessanter. Besonders Sonnenbrillen mit smarter Technik werden immer vielseitiger: Sie können Fotos und Videos aufnehmen, Musik

abspielen, Telefonate ermöglichen und sogar Live-streams direkt auf Facebook und Insta starten. Alles per Brille, wohlgemerkt. Aus Sicht von Datenschützern ist das freilich nicht ganz unproblematisch.



KOPFHÖRER, DIE DAS GEHÖR SCHÄRFEN

Ganz normale In-Ear-Kopfhörer mausern sich derzeit zu Hörgeräten, man spricht da schon von „Hearables“. Ein professionelles Hörgerät können die smarten Ohrstöpsel zwar noch nicht ersetzen, denkbar ist aber eine fallweise Nutzung, etwa im Kino oder via Bluetooth beim Fernsehen. Michael Deeg vom Berufsverband der HNO-Ärzte erhofft sich daher durch die Hearables einen Brückeneffekt: „Vielen Betroffenen mit leichten Hörschäden ist ihr Problem noch gar nicht bewusst“, sagt er, „oder sie verleugnen es. Die Erfahrung mit solchen Geräten könnte ihnen helfen, den inneren Schweinehund zu überwinden und einen Spezialisten aufzusuchen.“



INTELLIGENTER SCHUH

Chips in der Sohle innovativer Sportschuhe senden Warnungen an Apps, wenn sich Schrittfrequenz oder -länge verändern. Besonders für Leistungssportler wird es so einfacher, den Laufstil zu analysieren. Das soll Fehlstellungen verhindern, die zu Überlastungen oder Verletzungen führen können. Andere smarte Schuhe setzen auf Gesundheit: Sie enthalten Pads in der Einlegesohle, die durch gezielte Impulse die Durchblutung fördern – gesteuert per App, speziell für Schmerzpatienten entwickelt. Mittlerweile gibt es auch smarte Arbeitsschuhe. Um Stolperunfälle zu vermeiden, warnen sie etwa über Vibration vor Hindernissen, die durch Lasersensoren erkannt werden. Zusätzlich sind LEDs verbaut, um den Weg des Trägers auszuleuchten.

Anja van Marwick-Ebner



Die Wearables und der Datenschutz

Wearables greifen massenhaft Informationen ab. Dazu gehören auch sensible Informationen wie Gesundheits- und Standortdaten, zum Beispiel auch Daten zum Schlafrhythmus. Man sollte deshalb abwägen, was man über sich preisgeben möchte. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) empfiehlt, folgende Fragen vor der Nutzung zu klären:

- Welche Sensoren hat das Gerät genau?
- Welche Daten werden wo abgespeichert?
- Werden Daten versendet?
- Werden Daten mit anderen Anwendungen geteilt?
- Gibt es regelmäßige Sicherheits-Updates?

Ein Wearable arbeitet normalerweise mit anderen Geräten zusammen, Smartphones oder Tablets zum Beispiel. Deshalb sollte der Zugriff auf diese Geräte regelmäßig geprüft und gegebenenfalls (de-)aktiviert werden.

Weitere Tipps für die Datensicherheit hält das BSI auf seiner Website bereit.



Innovation Stillstand made in Germany

Standort

Deutschland muss seinen Erfindergeist neu beleben, sagt die Ökonomin Hanna Hottenrott im Interview. Ohne frische Ideen droht unser Wirtschaftsstandort an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren



Foto: Annapolue

„Selbst der Kampf gegen den Klimawandel braucht Innovationen“

Hanna Hottenrott, Professorin für Innovationsökonomik

MANNHEIM. Ein jeder von uns profitiert von Innovationen. Ebenso sind sie entscheidend für die Zukunftsfähigkeit ganzer Länder, sagt Professorin Hanna Hottenrott. Warum Deutschland seinen Forschergeist dringend neu beleben muss – dafür nennt die Innovationsökonomin am ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und an der Technischen Universität München eine Reihe von Gründen.

Haben Sie sich für 2025 etwas richtig Innovatives vorgenommen?

Hottenrott: Unter anderem will ich künstliche Intelligenz noch mehr nutzen, gerade für die Arbeit mit Texten. Etwa, um ihnen den letzten Feinschliff zu verpassen.

Warum ist die Fähigkeit zu Innovationen so wichtig?

Hottenrott: Sie ist ein entscheidender Wettbewerbsfaktor für einzelne Betriebe wie für ganze Länder. Selbst beim Kampf gegen den Klimawandel oder gegen Krankheiten, zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung oder zur Bewältigung sozialer Ungleichheiten – Innovationen spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Mit dem Innovationsklima bei uns sind Sie aber nicht so zufrieden?

Hottenrott: Deutschland war mit Innovationen in den letzten 150 Jahren sehr erfolgreich – von der Chemie bis zur Automobilindustrie. Gerade viele Mittelständler sind auf ihren Märkten weltweit häufig führend. Was allerdings auffällt, ist, dass der Anteil von Firmen mit Innovationen zuletzt sank.

Sind denn tatsächlich alle Branchen so zurückhaltend?

Hottenrott: Gegen den Trend stark ins Zeug legen sich derzeit vor allem Firmen aus Bereichen wie Software und digitale Dienstleistungen. Man denke nur an Datenbanken, die Steuerung und Fernbedienung von Produktionsanlagen, das ganze Thema Industrie 4.0: Hier werden Unternehmen in Deutschland oft sogar unterschätzt.

Und was hemmt den Großteil der anderen Betriebe?

Hottenrott: Insbesondere die anhaltende wirtschaftliche Flaute. Hinzu kommen die hohen Kosten hierzulande, Planungsunsicherheit, aufwendige staatliche Bürokratie und Regulierung. Kritisch ist nicht zuletzt der Fachkräftemangel: Innovation braucht schließlich qualifizierte und kreative Köpfe.

So viele Herausforderungen ...

Hottenrott: ... gegen die die Betriebe allein nicht ankommen. Dabei wissen sie eigentlich genau, dass es nur mit innovativen Produkten und fortschrittlichen Fertigungsprozessen vorwärtsgehen kann. Gegensteuern und wieder mehr Zukunftsvertrauen schaffen muss daher auch die Politik.

Wenn es bei Innovationen hapert, spürt das der Einzelne überhaupt?

Hottenrott: Natürlich bekommt das jeder Einzelne zu spüren, meist aber erst verzögert – wenn etwa Autos oder Software veraltet sind und man anderswo modernere Standards sieht.

Eine Art Zeitbombe.

Hottenrott: Genau. Und das ist ja auch das Problem für die staatliche Innovationsförderung: Sie trägt erst längerfristig Früchte. Kurzfristig, in einer Regierungsperiode, machen sich etwa steigende Renten viel schneller im Wahlergebnis bemerkbar. Doch ohne gute Innovationspolitik fällt unser Land früher oder später bei Technik und Produktivität zurück. Das kostet dann Wohlstand und Arbeitsplätze.

Ähnlich ist es bei der Schulbildung.

Hottenrott: Ja, Bildungsinvestitionen zahlen sich erst 10 bis 15 Jahre später aus, wenn der Nachwuchs ins Berufsleben einsteigt.

Ist gute Bildung denn auch ein Innovationsmotor?

Hottenrott: Absolut. Die Basis für alles, auch für Innovationen, sind Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben oder sich selbst zu organisieren. All das brauchen Kinder auch, um mit Veränderungen umgehen zu können und um sie zu gestalten. Berichte über Unterrichtsausfall, Lehrermangel und schwache Pisa-Ergebnisse machen mir da Sorge. Die Schulbildung in Deutschland muss wieder gestärkt werden.

Kann KI künftig das Erfinden übernehmen?

Hottenrott: KI kann helfen, vorhandene Informationen zu sammeln oder Bericht zu erstatten. Geht es aber um Dinge oder Ideen, die bisher noch nicht da sind – da wird der Mensch weiter die Schlüsselrolle haben.

Stephan Hochrebe

WIE INNOVATIV SIND DIE BRANCHEN?

Anteil der Unternehmen mit neuen Produkten oder Prozessen

Durchschnitt aller Industriebetriebe
57 %

79 %



Pharma

75 %



Chemie

72 %



Maschinenbau

63 %



Gummi/
Kunststoff

61 %



Automobilbau

56 %



Holz/Papier/
Druck

52 %



Glas/Keramik/
Steinwaren

Bundestagswahl: Wohl noch nie war sie so aufgeladen wie diesmal. Die Wahl findet in einer Zeit der gefühlten Dauerkrise statt. Umfragen zufolge wünschen sich zwei Drittel der Menschen in Deutschland einen Regierungswechsel.



Fotos, Montage: KAUTSCHUK/Daniel Roth; Illustrationen: Flaticon

Es gibt Floskeln, die können einen irgendwann nerven. „Es geht um alles“ ist so eine. In Debatten wird das Ding totgeritten, in Schlagzeilen, in Wahlkampfzeiten sowieso. Tja. Und wir benutzen sie jetzt auch, ganz bewusst: Deutschland, es geht um alles! In acht Tagen ist Bundestagswahl. Rund 60 Millionen Wahlberechtigte sind am 23. Februar aufgerufen, ihre Stimmen abzugeben. Klar ist schon jetzt: Es wird eine Schicksalswahl. Ein Referendum über die Zukunft eines Landes, das sich irgendwie selbst nicht mehr zu kennen scheint.

EUROPA BRAUCHT STARKES DEUTSCHLAND

Wohl noch nie war eine Bundestagswahl so aufgeladen. Zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger wünschen sich einen Regierungswechsel. Das hat das Institut für Demoskopie Allensbach herausgefunden. 38 Prozent sprechen gar explizit von einer „Schicksalswahl“. Der Wert ist so hoch wie zuletzt nur 1998 und 2005. Auch damals stand Deutschland vor politischen Umbrüchen. Aber gegen die Herausforderungen von heute? Kindergarten!

Denn wäre Deutschland ein Schiff, es schwämme in einem tosenden Meer aus Krisen. In der Ukraine

wird noch immer gestorben. Donald Trump ist wieder Präsident. Europa ringt um seine geopolitische Rolle – und braucht dafür ein starkes Deutschland.

Innenpolitisch erschüttern die brutalen Attentate in Magdeburg und Aschaffenburg das Land. Es sind Verbrechen, die die ohnehin hitzige Debatte um Migration weiter angeheizt haben. Laut Allensbach-Institut halten demnach 78 Prozent der Bevölkerung eine bessere Steuerung der Zuwanderung für vordringlich.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Unsere Wirtschaft braucht Migration. Wir haben einen Fachkräftemangel, jetzt schon. Und das wird nicht besser, wenn die Boomer bald in Rente gehen. Auf Zuwanderung sind wir demnach zwingend angewiesen.

Und wo wir gerade schon bei der Wirtschaft sind: Die befindet sich in Deutschland in einer schwierigen Lage. Im globalen Wettbewerb werden wir nach unten durchgereicht.

Sorge um den eigenen Arbeitsplatz? Lange war das kaum ein Thema. Jetzt schon. 84 Prozent der Bundesbürger erwarten von der nächsten Regierung wirkungsvolle Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft. Und zuletzt gingen sogar Unternehmen und

Verbände auf die Straße. Und demonstrierten beim bundesweiten „Wirtschaftswarntag“ für eine Wende in der Wirtschaftspolitik.

AUFBRUCHSTIMMUNG STATT RATLOSIGKEIT

Aufgeheizte Stimmung, schwächelnde Wirtschaft, Unsicherheit, die Suche nach Antworten und Lösungen in einer Zeit multipler Krisen und umfassender Transformation: Deutschland im Winter 2025, das ist ein Land am Scheideweg, gefangen zwischen der Sehnsucht nach Veränderung und der Furcht vor dem Unbekannten.

Machen wir uns eins bewusst: Die kommende Bundestagswahl ist ein Instrument der demokratischen Erneuerung. Wir brauchen Aufbruchstimmung statt Ratlosigkeit. Und Stabilität. Die beginnt mit einer starken Wirtschaft. Weil: Diesmal geht es wirklich – um alles.

Ulrich Halasz

Sozialausgaben begrenzen

Sie sind schon wieder gestiegen, die Beiträge zu den Sozialversicherungen: Insgesamt 41,9 Prozent vom Bruttoentgelt gehen seit Jahresbeginn runter für Pflege-, Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Teurer ist es fast nirgends in Europa. Das Ende der Fahnenstange ist damit nicht erreicht. Sogar ein Anstieg auf über 48 Prozent in den nächsten zehn Jahren ist möglich. Davor warnt etwa die Krankenkasse DAK Gesundheit. Als gerade noch verträglich gelten höchstens 40 Prozent. Da sind sich die allermeisten Experten einig. Was darüber hinausgeht, kommt Betriebe und Mitarbeiter richtig teuer zu stehen. Sie zahlen ja jeweils die Hälfte der Sozialbeiträge.

HOHE SOZIALBEITRÄGE SIND JOB-KILLER

Der Wirtschaftsweisen Professor Martin Werding hat nachgerechnet: Bei 35.000 Euro Jahresbruttogehalt macht jeder Prozentpunkt mehr beim Gesamtversicherungsbeitrag rund 350 Euro aus. Das belastet die Privathaushalte, frustriert die Beschäftigten, schadet der Konkurrenzfähigkeit der heimischen Betriebe – und kostet letztlich Jobs.

„Die Erhöhungsspirale muss durchbrochen werden“, fordert etwa Doris Pfeiffer, Chefin des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenkassen GKV, aus Sorge vor der weiteren Ausgabenexplosion. Wesentlicher Treibsatz ist die alternde Bevölkerung. So kamen im Jahr 2022 auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter „nur“ 30 über 67-Jährige. 2040 werden es etwa 41 Ältere sein – also 11 mehr. „Deren Kosten für Gesundheit und Pflege müssen die arbeitenden Menschen finanzieren“, gibt Professor Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, zu bedenken. Doch wie soll das künftig noch gehen? Schon heute kommen die Sozialversicherungen mit ihren Beitragseinnahmen nicht klar – obwohl diese über die Jahre kräftig gestiegen sind.

Gefordert ist die Politik. Im Bundestagswahlkampf betonen alle Parteien zwar, dass sie Bürger und Betriebe entlasten wollen. „Doch wie sie mit der Krise sämtlicher Sozialversicherungssysteme umgehen, darüber schweigen sie sich aus“, sagt Hüther. Die Ampel nutzte das Geld der Beitrags- und Steuerzahler sogar für weitere Sozialtransfers. Besonders umstritten: das Bürgergeld. Die Kostenübernahme für Wohnen und Heizen eingerechnet, kommt etwa eine vierköpfige Familie inzwischen auf 1.780 bis 2.200 Euro. Ist das noch leistungsgerecht? Und hält so viel Geld manche Bezieher sogar davon ab, einen Job anzunehmen? Auf Letzteres deutet unter anderem eine Studie des IAB-Forschungsinstituts der Bundesagentur für Arbeit hin.

SO WIRD ARBEIT UNATTRAKTIV

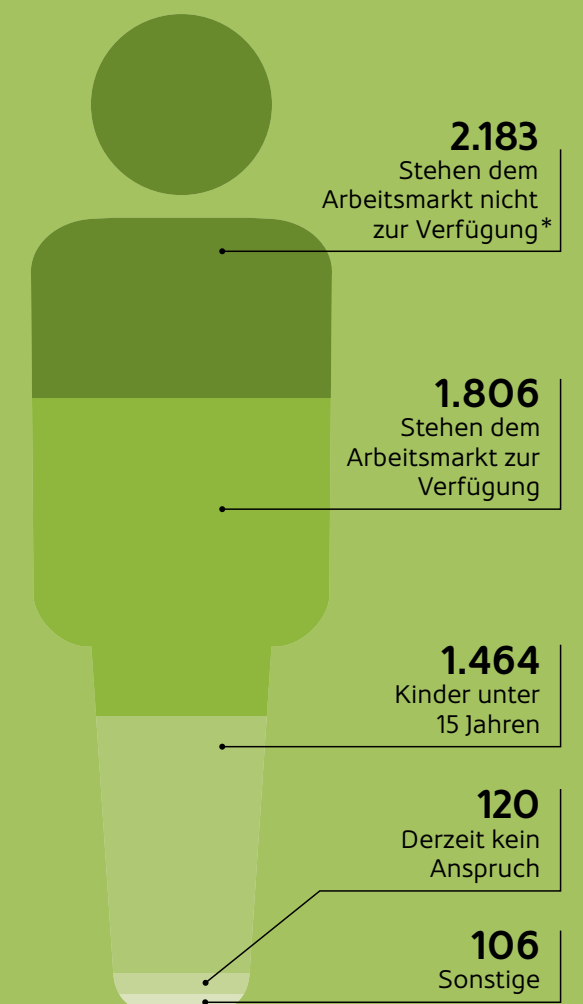
Und wie leistungsfeindlich der ausufernde Wohlfahrtsstaat wirkt, hat das Ifo-Institut im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums vor gut einem Jahr errechnet: Steigert etwa eine vierköpfige Familie in München ihr Bruttoerwerbseinkommen von 3.000 Euro auf 5.000 Euro im Monat, so bleiben von der Mehrarbeit netto nur 32 Euro übrig – unter anderem, weil das Wohngeld wegfällt.

Und gerecht sind die hohen staatlichen Abzüge auf den Lohnzetteln der Arbeitnehmer ganz bestimmt nicht. Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeber-Bundesvereinigung BDA, spricht Klartext: „Den Beschäftigten bleibt immer weniger von ihrem Gehalt, das sie ehrlich erarbeitet haben. Die nächste Bundesregierung muss endlich Schluss machen mit dem Nettoklau.“

Stephan Hochrebe

NUR JEDER DRITTE KANN ARBEITEN

Bürgergeldbezieher in Deutschland (in Tausend)



*Ausbildung, Erziehung, Pflege etc.; Stand: Dezember 2024; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Schwerpunkt

Wir haben die Wahl!

Demokratie Sie braucht jetzt jede Stimme! Und eine starke Wirtschaft. Was dafür passieren muss, lesen Sie auf den nächsten Seiten

Energiekosten runter

Eine Gießerei, die ihre Produktion um 30 Prozent reduziert, weil der Strom zu teuer ist? Traurige Realität in Deutschland. Mitte Dezember produzierte die Gießerei Siempelkamp in Krefeld zeitweise ein Drittel weniger. Der Grund: Der an der Strombörse gehandelte Preis erreichte damals kurzzeitig ein Allzeithoch von 936 Euro pro Megawattstunde. Zu teuer, um wirtschaftlich Gussteile zu fertigen.

ZWISCHENPHASE DER ENERGIEWENDE

Nicht nur Gießereien leiden unter den hohen Energiekosten. „Deutsche Strompreise sind für fast alle Unternehmen im internationalen Vergleich nicht mehr wettbewerbsfähig“, heißt es in einer Studie der Boston Consulting Group und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Auch wenn bestimmte

Großverbraucher wie etwa Aluminiumhersteller von Entlastungen profitieren: Alle zahlen seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine mehr als die meisten Wettbewerber weltweit.

Warum ist Energie bei uns so teuer? Und wie kommen wir da wieder raus? An der Stromsteuer und der sogenannten EEG-Umlage liege es nicht, sagt Andreas Fischer, Energie-Experte des IW: „Bei Steuern und Abgaben ist nur noch ein begrenzter Entlastungsspielraum.“ Dass der Börsenstrompreis heute zeitweise durch die Decke geht, liege vor allem am teuren Strom aus Gaskraftwerken. Gas sei seit dem Ukraine-Krieg recht teuer. „Zudem sind wir in einer Zwischenphase der Energiewende“, sagt Fischer. „Vieles ist auf dem Weg, manches längst nicht fertig.“

Ein Beispiel: Einerseits war der Strom 2024 in Deutschland so sauber wie nie, mehr als 62 Prozent des Stroms im Netz stammten aus erneuerbaren

Energien. Andererseits war der Börsenstrompreis in sogenannten Dunkelflauten – wo weder die Sonne scheint noch Wind weht – extrem hoch. „Das liegt auch daran, dass neue regelbare Kraftwerke, Speicher und flexible Verbräuche fehlen und die Netze nicht ausreichend ausgebaut sind“, erklärt Fischer. Blickt man auf die sogenannte Primärenergie, sieht der Mix nicht mehr ganz so grün aus: Vier Fünftel davon wurden 2024 immer noch mit Öl, Gas und Kohle produziert – etwa für große Anlagen in der Chemie. Sollen sie mit enormen Investitionen auf Grünstrom umgestellt werden, braucht es niedrigere Preise.

OBERIRDISCHES NETZ SPART KOSTEN

Aber es gibt auch gute Nachrichten: Laut Bundesnetzagentur stieg die installierte Leistung von

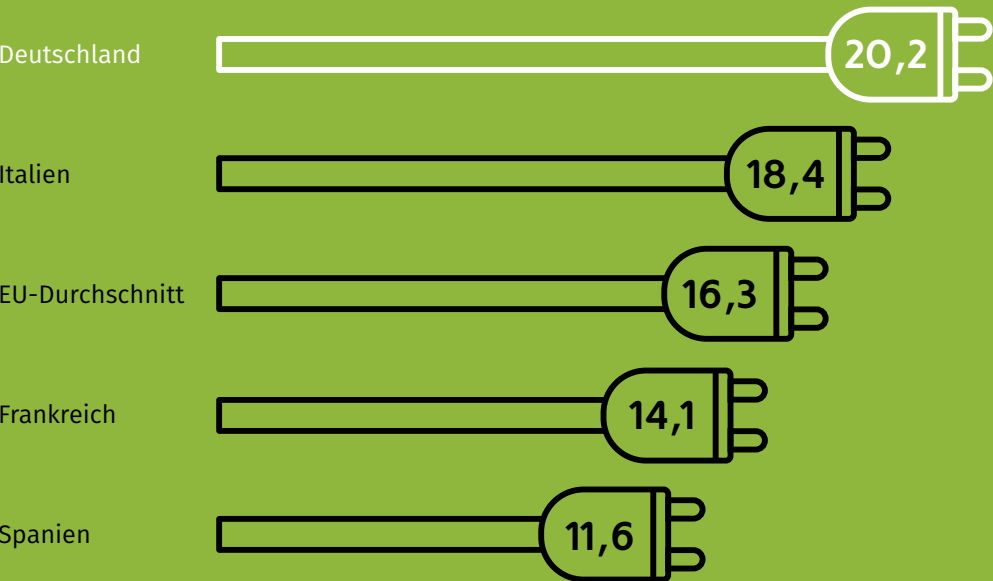
Erneuerbare-Energien-Anlagen zuletzt um 20 Gigawatt auf knapp 190 Gigawatt. Auch das geplante Wasserstoff-Kernnetz wurde im Eilverfahren genehmigt. Doch der zügiger werdende Aufbau nützt Betrieben heute wenig. Sie brauchen jetzt niedrige Preise. Wäre da ein Abrücken von der Energiewende nicht sinnvoll?

„Auch neue Kernkraftwerke wären keine günstige Alternative“, sagt Fischer. Entlastung brächte eher eine Beschleunigung der Energiewende, etwa ein schnelles Inkrafttreten des Kraftwerkssicherheitsgesetzes. Auch beim Netzausbau fordert der Experte Pragmatismus: Würde man statt unterirdische mehr oberirdische Leitungen bauen, ließen sich viel Zeit und Geld sparen.

Michael Aust

WAS DIE INDUSTRIE FÜR STROM BEZAHLEN MUSS

Kosten für Unternehmen mittleren Verbrauchs (in Cent pro Kilowattstunde)



Stand: erstes Halbjahr 2024; Verbrauchsgruppe 2.000 bis 20.000 MWh pro Jahr, Quelle: Eurostat

Infrastruktur sanieren

Manchmal melden sich Probleme, die man lange vor sich hergeschoben hat, mit einem lauten Knall. So geschehen am 11. September 2024 in Dresden. 53 Jahre nach ihrem Bau stürzte die Carolabrücke in die Elbe. Die Spannbeton-Konstruktion sackte einfach so in sich zusammen. Zum Glück war die Brücke um kurz vor 3 Uhr nachts menschenleer – es gab weder Verletzte noch Todesopfer.

Die Carolabrücke ist nur das prominenteste Beispiel dafür, wie es um die Infrastruktur im Land steht. Ein paar Zahlen: Die Fernzüge der Deutschen Bahn erreichten im vergangenen Jahr 37,5 Prozent ihrer Halte mit einer Verspätung von mindestens sechs Minuten. Ein Drittel der Straßen in den Kommunen weist größere Mängel auf – so eine Auswertung des Deutschen Instituts für Urbanistik. Derselben Studie zufolge ist auch jede zweite Brücke in keinem guten Zustand. Und an den Bundeswasserstraßen sind laut dem Verkehrsinfrastrukturbericht der Bundesregierung 235 Schleusen und andere Bauwerke so marode, dass sie dringend ersetzt werden müssten.

INVESTITIONSSTAU AUF STRASSE UND SCHIENE

Für die Wirtschaft, die auf mobile Mitarbeiter und den Transport von Gütern angewiesen ist, sind das keine guten Nachrichten. Welche wirtschaftlichen Folgen der Ausfall einer einzigen Autobahnbrücke nach sich ziehen kann, zeigt sich exemplarisch an der Rahmedetalbrücke in NRW: Ende 2021 musste die Brücke aus Sicherheitsgründen gesperrt, später sogar gesprengt werden. Das Beratungsinstitut IW Consult hat ausgerechnet, dass sich die wirtschaftlichen Schäden der Sperrung für die Betriebe in der Region bis 2023 auf mindestens 1,8 Milliarden Euro summierten. Um teure

Sperrungen und gefährliche Einstürze zu vermeiden, müssen Bund, Länder und Kommunen viel Geld in die Hand nehmen. Auf 127 Milliarden Euro beziffert das Institut der deutschen Wirtschaft den Investitionsbedarf, den es bräuchte, um Deutschlands Verkehrswege und den öffentlichen Nahverkehr in den nächsten zehn Jahren zu modernisieren. „Wir haben einen enormen Sanierungsstau“, bestätigt Florian Eck, Präsident des Deutschen Verkehrsforums. „Jetzt rächt sich, dass Mahner lange überhört wurden.“

BÜROKRATIE MACHT BAUEN NOCH TEUERER

Die Verkehrspolitik müsse sich in Zukunft stärker an Engpässen und Resilienz orientieren – und „weniger Wunsch-und-Wolke-Investitionen“ tätigen, fordert Eck. „Ein Mittel dazu könnte die Schaffung von Sondervermögen für die Infrastrukturen sein.“ Für Sondervermögen, die rein zweckgebunden sein müssen, kann der Bund zusätzliche Kredite aufnehmen. „Solche Fonds könnten das Ausgabeverhalten systematisieren und transparenter machen“, sagt der Experte. In ihnen könnte man etwa alle Ausbauprojekte bündeln, während die Erhaltung von Straßen und Schienen weiterhin aus Haushaltsmitteln über Finanzierungsvereinbarungen bezahlt würden.

Wichtig sei zudem, Bürokratie abzubauen. Oft dauerten Planungsverfahren extrem lange, kritisiert Eck: „Wir müssen hier schneller und digitaler werden.“ Allerdings dürfe sich die neue Regierung in ihren Maßnahmen auch nicht verzetteln: „Alles gleichzeitig anzugehen, verteuert das Bauen nur unnötig.“

Michael Aust

Politik von der Stange: Wahlplakate helfen auf der Suche nach Antworten auf drängende Fragen auch nicht wirklich weiter.



Foto: KAUTSCHUK/Daniel Roth; Illustrationen: Flaticon

Steuern senken

Die Sache mit den Steuern – die bringt der Arbeitgeberverband Gesamtmetall so auf den Punkt: „Der deutsche Staat greift seinen Bürgern und seinen Unternehmen besonders tief in die Tasche. Das aktuelle Niveau ist leistungsfeindlich.“

Bei der Unternehmensteuer ist das ja offensichtlich. Fast 30 Prozent ihres Gewinns müssen Kapitalgesellschaften beim Fiskus abliefern. Das ist deutlich mehr als im Schnitt aller Industriestaaten, die in der OECD organisiert sind, und es ist deutlich mehr als im Schnitt der EU-Staaten. Ob man nun zum Beispiel nach Dänemark blickt, nach Frankreich oder auch in die Schweiz, entlang der deutschen Grenzen gilt überall: Auf der anderen Seite muss man weniger vom Gewinn an den Staat abgeben. Oft deutlich weniger. Und das hat natürlich Einfluss auf die Entscheidung, wo ein neues Werk am besten gebaut werden sollte.

STEUERLAST SCHADET DEM STANDORT D

Dazu kommt hierzulande noch ein unnötig kompliziertes Steuersystem. Hohe finanzielle Belastung plus hoher bürokratischer Aufwand – das bringt uns inzwischen fast schon die rote Laterne: Im viel beachteten Index zur Wettbewerbsfähigkeit der Lausanner Wirtschaftshochschule IMD liegt Deutschland bei der Steuerpolitik auf Platz 62 von 67 untersuchten Staaten.

Kein anderer deutscher Standortfaktor schneidet derart schlecht ab! Wobei wir auch bei vielen anderen der 20 bewerteten Aspekte nur im unteren Mittelfeld landen. Insgesamt sieht uns die IMD denn auch nur noch auf Platz 24 weltweit. Unter anderem auch zehn europäische Staaten schneiden besser ab, oft deutlich besser. Spitze bei der Wettbewerbsfähigkeit ist übrigens Singapur.

Zur steuerlichen Belastung der Beschäftigten wiederum sollte man wissen: Der deutsche Spitzensteu-

ersatz fällt mit seinen 42 Prozent an sich nicht aus dem europäischen Rahmen. Aber: Er betrifft eben immer mehr Arbeitnehmer!

Der Spitzensteuersatz greift nämlich viel schneller als früher, der Abstand zum Durchschnittseinkommen ist viel geringer geworden. Im Institut der deutschen Wirtschaft (IW) weiß man das präzise: Die Ökonomen haben das Verhältnis „Einsetzen des Spitzensteuersatzes zum zu versteuernden Einkommen“ betrachtet (das hier besser geeignet ist als das Verhältnis zum Brutto). 1970 lag diese Quote noch bei 10 zu 1, 1980 dann bei 5 zu 1, inzwischen sind wir schon bei 2 zu 1. „Der Spitzensteuersatz trifft rund vier Millionen Menschen und damit jeden elften Steuerzahler“, heißt es im IW. Für 2025 gilt: Wer als Single 68.481 Euro zu versteuerndes Einkommen hat, zahlt schon den Spitzensteuersatz.

Was der Wirtschaft am Standort D also helfen würde: „Steuersenkungen für Unternehmen und Arbeitnehmer mindestens auf den EU-Durchschnitt.“ So formulierte es ein Bündnis von fast 150 Verbänden beim „Wirtschaftswarntag“ Ende Januar.

Thomas Hofinger



29,9 PROZENT – SO HOCH IST BEI UNS DIE STEUER AUF DEN GEWINN VON KAPITALGESELLSCHAFTEN. IN ÖSTERREICH SIND ES 23 PROZENT, IN POLEN UND TSchechien 19 PROZENT

Quelle: IW

Unser Ding

Schülerjobs: Erst pauken – dann packen

Agergaard Graphic Supplies – die Fakten

Die Agergaard Graphic Supplies GmbH wurde 2008 von Ole Agergaard gegründet. Heute leitet er den Familienbetrieb gemeinsam mit seiner Tochter Sofie Agergaard-Wendel. Rund 40 Mitarbeitende fertigen am Standort Celle Verschleißteile aus Metall, Kunststoff und Gummi für die Druckindustrie. Zum Produktportfolio gehören unter anderem Rakel- und Dichtungssysteme für den Flexo- und Tiefdruck.

Ein Plausch zwischendurch:
Die Schülerin schätzt den
lockeren Umgangston in der
Firma – auch mit Chefin
Sofie Agergaard-Wendel.



Ann-Julie Freiberg besucht im Gymnasium die zwölfte Klasse – und arbeitet nebenbei bei Agergaard, einem Hersteller von Druckmaschinen-Verschleißteilen

CELLE. So schnell wie Ann-Julie Freiberg verpackt keiner. Mit geübtem Griff steckt sie den Karton zusammen, gruppiert die Schaumstoffdichtungen und ordnet sie perfekt in der Schachtel an. Deckel zu, Aufkleber drauf. Schon ist der nächste Karton dran.

Eigentlich geht Ann-Julie noch zur Schule: Die 18-jährige besucht die zwölfte Klasse eines Gymnasiums in Celle. In ihren Freistunden jedoch arbeitet sie bei Agergaard Graphic Supplies GmbH, einem Spezialisten für die Entwicklung und Herstellung von Verschleißteilen aus Werkstoffen wie Kunststoff und Metall, die in Druckmaschinen weltweit zum Einsatz kommen. Hier übernimmt sie vor allem leichte Aufgaben wie das Beschriften und Verpacken von Kleinteilen.

Zu Agergaard kam Ann-Julie über ein Schülerpraktikum. Im Frühjahr 2024 schnupperte sie für zwei Wochen in den 40-Mitarbeiter-Betrieb rein. „Einen Monat später rief mich der Chef an und fragte, ob ich Lust hätte, regelmäßig in der Firma zu arbeiten“, erzählt sie. Der Chef, das ist Ole Agergaard, der das Unternehmen 2007 gründete und es mittlerweile zusammen mit

seiner Tochter Sofie Agergaard-Wendel führt. „Tätigkeiten wie das Entgraten von Gummidichtungen oder das Verpacken sind zwar essenziell, aber auch zeitintensiv und repetitiv“, sagt Agergaard-Wendel. „Da dachten wir, dass wir diese Aufgaben unter guter Anleitung auch Schülern als Nebenjob anbieten können. Das hat gleich zwei Vorteile: Unsere Fachkräfte können sich auf den Kernprozess Produktion konzentrieren und die Schüler können echte Betriebsluft schnuppern und sich sinnvoll einbringen.“ Also inserierte die Firma im Magazin des örtlichen Schützenvereins – doch darauf gab es keine Reaktion. Erst über Mundpropaganda im Kollegenkreis kamen Anfragen für die Schülerjobs.

SPAREN FÜR DEN ERSTEN WAGEN

Inzwischen jobben vier Schülerinnen und Schüler regelmäßig bei Agergaard – entweder in Freistunden oder nach der Schule. Die Bezahlung ist gestaffelt und richtet sich nach dem Alter. Ab 18 Jahren gibt es



Leichte Tätigkeiten: In ihrem Schülerjob bei Agergaard arbeitet Ann-Julie Freiberg in der Produktion.

den Mindestlohn von 12,82 Euro pro Stunde, darunter je einen Euro weniger für jedes Lebensjahr, das zur Volljährigkeit fehlt. „Dadurch erhalten die Schülerinnen und Schüler jedes Jahr automatisch eine Gehaltserhöhung“, sagt Agergaard-Wendel.

AUS FREISTUNDEN WIRD ARBEITSZEIT

Dass Schüler sich ihr Taschengeld aufbessern, sei in ihrem Jahrgang nicht ungewöhnlich, berichtet Ann-Julie. Einige ihrer Klassenkameraden jobben als Kellner oder Kassierer. „Die meisten wollen sich so den Führerschein oder ein Auto finanzieren“, sagt sie. Sie selbst steckt ihren Arbeitslohn in Urlaube oder erfüllt sich damit den ein oder anderen Wunsch. Außerdem möchte sie auf diese Weise auch ihre Eltern entlasten. „Wenn ich nicht auf mein Taschengeld angewiesen bin, können sie sich selbst auch mehr leisten.“

Der Job bei Agergaard gefalle ihr, weil er sich perfekt in den Schulalltag integrieren lasse: Oft habe sie bis zum Nachmittag Schule, dazwischen aber mehrere



Ferienkasse selbst gefüllt:
Ann-Julie setzt auf Arbeits-
lohn statt Taschengeld.

Fotos: KAUTSCHUK/Oliver Knoblich (4)

3 Fragen ... zu Schülerjobs

Unter welchen Bedingungen dürfen sich Jugendliche ihr Taschengeld aufbessern? KAUTSCHUK hat dazu bei Norbert Reiners nachgefragt. Der Arbeitsrechtler ist stellvertretender Hauptgeschäftsführer vom Arbeitgeberverband der Deutschen Kautschukindustrie (ADK).

Ab welchem Alter darf man in Deutschland einen Job haben?

Reiners: Kinder ab dem 13. Geburtstag und Jugendliche, die noch der Vollzeitschulpflicht unterliegen, dürfen mit Einwilligung der Eltern stundenweise beschäftigt werden, wenn diese Beschäftigung leicht und für sie geeignet ist.

Wie lange dürfen Schüler arbeiten?

Reiners: Auch bei leichten Arbeiten maximal zwei Stunden am Tag. Jugendliche, die nicht mehr schulpflichtig sind, bis zu 40 Stunden in der Woche – allerdings nur zwischen 6 und 20 Uhr.

Wo dürfen Schüler nicht arbeiten?

Reiners: Kinder und Jugendliche mit Vollzeitschulpflicht dürfen nicht in der Produktion, auf Baustellen, in Tankstellen oder an Kassen eingesetzt werden.

Stunden frei. „In dieser Zeit kann ich arbeiten und nach der Schule dann zum Handball-Training gehen.“

*„Im Vergleich zum
stressigen Schulalltag
ist das entspannend“*

Ann-Julie Freiberg

Und wie findet die Schülerjobberin die eher monotone, manuelle Arbeit? „Im Vergleich mit meinem stressigen Schulalltag ist das entspannend“, sagt Ann-Julie. „Man kann dabei auch seinen Gedanken nachhängen.“ Für sie ein weiterer Pluspunkt: die familiäre Atmosphäre im Betrieb. Vor ihrem Praktikum habe sie sich das Berufsleben immer ganz förmlich vorgestellt. „Aber hier duzen sich alle und man kann mit den Kollegen und den Chefs auch mal einen Spaß machen. Das gefällt mir.“

Isabel Link

Der CO₂-Preis steigt – warum eigentlich?

Soziale Marktwirtschaft

Die Klimaschutz-Abgabe soll zum Einsparen fossiler Kraft- und Brennstoffe anreizen. Experten erwarten, dass sie ab 2027 massiv teurer wird

KIEL. Zu Jahresbeginn hat die Regierung wieder am Spritpreis gedreht. Bei Benzin und Diesel kamen je 3 Cent obendrauf. Denn die CO₂-Abgabe auf Kraftstoffe ist, wie schon länger geplant, erneut gestiegen. Auch bei Heizöl, Erd- und Flüssiggas ist jetzt ein höherer CO₂-Preis zu zahlen. Wir erklären, was der CO₂-Preis bringen soll – und wie er funktioniert.

Warum gibt es bei uns überhaupt einen CO₂-Preis für Kraft- und Brennstoffe?

Die Abgabe soll für mehr Klimaschutz sorgen. Bis 2045 will Deutschland klimaneutral sein. Der Ausstoß von Treibhausgasen muss also bis dahin in der Gesamtbilanz auf null zurückgehen, wie Professorin Sonja Peterson erklärt, Klimaökonomin am Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW). „Bei Kraftwerken und in der Industrie kommt die Verringerung gut voran, Straßen- und Bahnverkehr sowie Gebäude hinken deutlich hinterher.“ Deshalb hat die Bundesregierung 2021 die CO₂-Abgabe eingeführt. Sie soll einen Anreiz geben, weniger zu verbrauchen.

Wie funktioniert das mit der Abgabe?

Der Preis für eine Tonne Klimagas liegt bei 55 Euro: So viel kostet dieses Jahr ein Zertifikat zum Ausstoß von CO₂. „Für jede Tonne Treibhausgas, die ihre Produkte verursachen, müssen Unternehmen, die mit Erdgas, Heizöl, Benzin oder Diesel handeln, so ein Ausstoßrecht kaufen“, erklärt Ökonomin Peterson. „Die Kosten rechnen sie dann auf den Liter Sprit oder die Kilowattstunde Erdgas um.“

Wer bekommt denn das Geld? Und um welche Summen geht es dabei?

Die CO₂-Abgabe fließt in den Klima- und Transformationsfonds der Bundesregierung. 2024 kamen im Emissionshandel mit Kraft- und Brennstoffen rund 13 Milliarden Euro zusammen. Peterson: „Die Summe hilft, unseren Strompreis zu senken, weil wir die EEG-Umlage zur Ökostrom-Förderung nicht mehr zahlen.“ Die wird nun aus der CO₂-Abgabe finanziert.

Wie wird sich der CO₂-Preis entwickeln?

Bisher legt die Bundesregierung den CO₂-Preis fest. 2026 kann der Preis erstmals schwanken, in einem Korridor von 55 bis 65 Euro: Innerhalb dieser Grenzen werden die Ausstoßrechte für CO₂ an der Energiebörse in Leipzig per Auktion versteigert. Von 2027 an soll sich der Preis anders bilden, in einem EU-weiten Emissionshandel – Experten erwarten dann einen massiven Anstieg der CO₂-Abgabe.

Wofür ist die CO₂-Abgabe gut? Was soll sie bringen?

„Der CO₂-Preis soll Verbraucher bewegen, ihr Verhalten zu ändern“, erklärt Ökonomin Peterson. „Autofahrer zum Beispiel sollten sich doch auf Dauer

fragen, ob es für sie günstiger ist, weiter viel Sprit zu verbrauchen – oder ob es für sie besser ist, spritsparend zu fahren, auf Bus und Bahn umzusteigen oder etwa ein Elektroauto zu kaufen.“ Jeder Verbraucher mache für sich persönlich diese Abwägung und entscheide dann. Dadurch wird der Ausstoß von Klimagas sozusagen da abgesenkt, wo das am preiswertesten möglich ist: Der Marktmechanismus hilft beim Klimaschutz.

Klingt gut. Aber funktioniert das denn auch?

„Untersuchungen zeigen, dass sich der Treibhausgas-Ausstoß verringert, wenn der CO₂-Preis steigt“, berichtet Peterson. Das habe zum Beispiel eine Analyse des MCC-Instituts gezeigt, das zum Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung gehört. Die Wissenschaftler haben 21 Preissysteme für Klimagas-Emissionen rund um den Globus untersucht. Bei 17 von ihnen kam es trotz meist (noch) niedriger CO₂-Preise immerhin zur Verringerung der klimaschädlichen Emissionen um 5 bis 21 Prozent. Andererseits wissen Ökonomen, dass Autofahrer nur schwach auf Preisanstiege reagieren, weil sie oft einfach auf ihren Pkw angewiesen sind.

Es gibt also auch in anderen Staaten solche CO₂-Preise?

„Ja“, sagt Peterson: „Etwa in den skandinavischen Staaten. Finnland und Schweden haben sogar schon in den 1990er Jahren einen CO₂-Preis eingeführt.“ In circa 20 europäischen Staaten ist ein CO₂-Preissystem für Verkehr und Gebäude installiert, die Abgaben reichen von unter 20 bis über 100 Euro. Zudem gibt es schon seit 2005 einen europäischen CO₂-Preis für Kraftwerke, Industrie und mittlerweile auch Flugverkehr; dieser Preis bildet sich im Emissionshandel an der Börse.

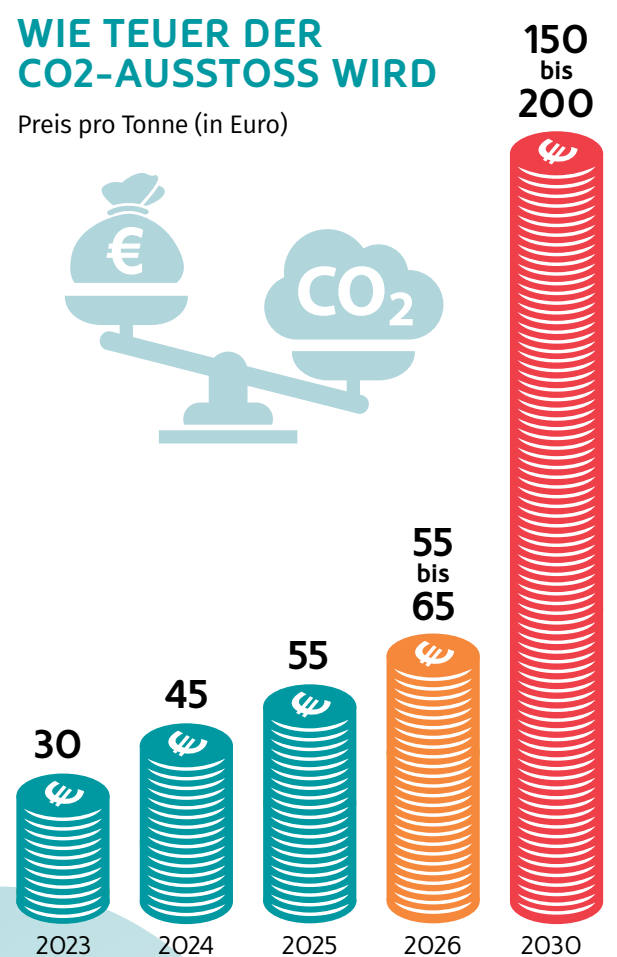
Was ändert sich 2027? Und welche Folgen hat das?

EU-weit soll dann ein zweiter Handel mit CO₂-Emissionsrechten eigens für Verkehr und Gebäude starten. Experten erwarten, dass das zu einem regelrechten Preisschock führen wird. Denn, so Peterson: „Im Unterschied zum derzeitigen deutschen System wird die EU nicht unbegrenzt viele Zertifikate zur Verfügung stellen, sondern nur eine begrenzte Menge.“ Brüssel will den Klimagas-Ausstoß einschränken – das wird den CO₂-Preis nach oben treiben. „Viele Studien prognostizieren, dass im Jahr 2030 pro Tonne 150 bis 200 Euro zu zahlen sind, also drei bis dreieinhalbmal so viel wie heute.“ Der Anreiz etwa, auf ein E-Auto umzusteigen, dürfte also kräftig zunehmen. Fraglich erscheint allerdings, ob die Politik derart hohe CO₂-Preise tatsächlich so durchziehen kann wie es derzeit geplant ist.

Hans Joachim Wolter

WIE TEUER DER CO₂-AUSSTOSS WIRD

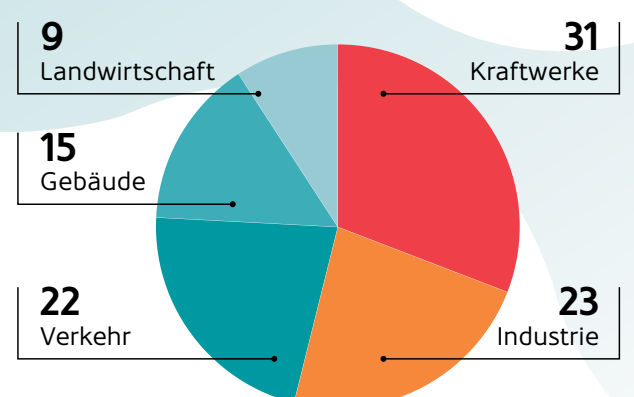
Preis pro Tonne (in Euro)



Quelle: Bundeswirtschaftsministerium, Prognose 2030: IfW/Auswertung von Studien zum EU-Emissionshandel ETS 2

WELCHE BEREICHE DAS KLIMAGAS VERURSACHEN

Anteil am deutschen Ausstoß (in Prozent)



Stand: 2023, Gesamtausstoß: 674 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente; Quelle: Umweltbundesamt

74 STAATEN SIND DEMOKRATISCH REGIERT, IN IHNEN LEBT KNAPP DIE HÄLFTE (45 PROZENT) DER WELTBEVÖLKERUNG

39 PROZENT DER MENSCHHEIT ÄCHZEN UNTER DER AUTORITÄREN HERRSCHAFT IN RUND 60 STAATEN

34 LÄNDER SIND HYBRIDE SYSTEME – OFT MIT KORRUPTER REGIERUNG, DIE DIE POLITISCHE OPPOSITION UNTERDRÜCKT

1949 BEGINNT MIT DEM GRUNDGESETZ DIE GESCHICHTE UNSERER DEMOKRATIE

76 PROZENT SEHEN DIE AFD ALS GEFAHR FÜR UNSERE DEMOKRATIE

Quelle: ZDF-Politbarometer

Foto: Kohl-Photo/Alamy Stock Photo

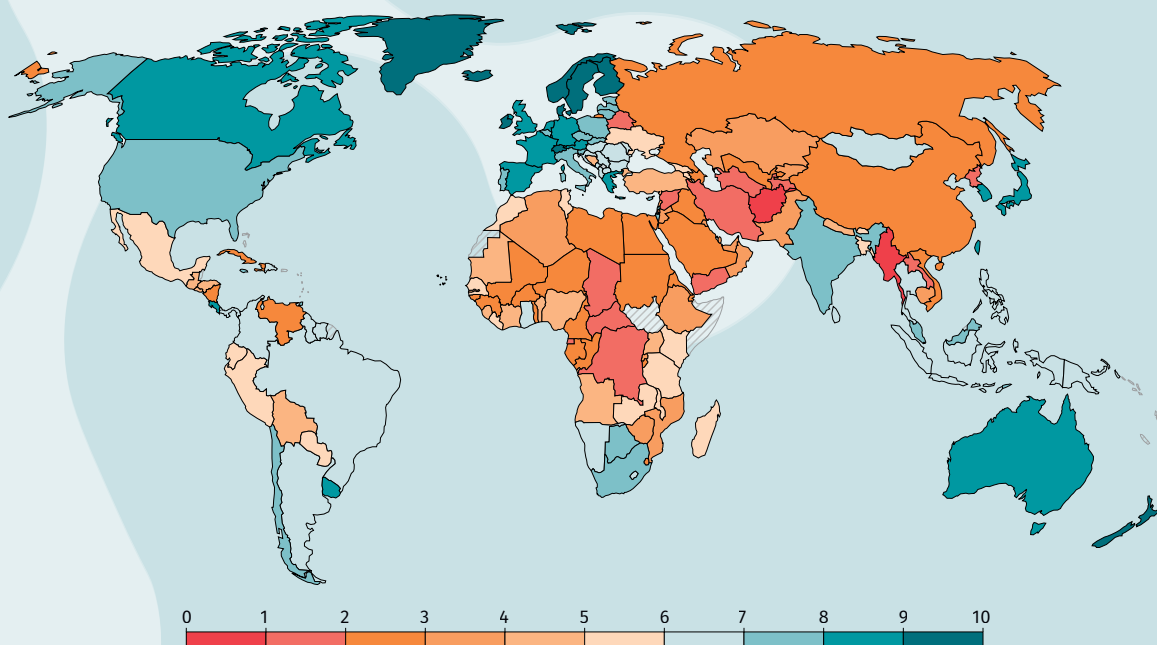


Zahlen & Fakten

Knapp die Hälfte der Menschheit lebt in einer Demokratie. Doch die Freiheit steht unter Druck – auch in Europa

WO DIE WELT DEMOKRATISCH IST – UND WO NICHT

Grad der Demokratie (Indexwerte für 2023)



Je blauer, desto besser: Demokratien (Blautöne) respektieren die bürgerlichen Freiheiten. Verstöße dagegen kennzeichnen Autokratien (Rottöne). Hybride Staaten (Gelbtöne) mit geringer politischer Teilhabe liegen dazwischen.

Norwegen gilt als beste Demokratie, vor Neuseeland und Island. Die Schlusslichter weltweit: Nordkorea, Myanmar und Afghanistan.

Quellen: Bundeszentrale für politische Bildung, Economist Intelligence Unit/Global Democracy Index 2024, Institut für Weltwirtschaft Kiel, Bertelsmann-Stiftung/Transformationsindex, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Die DDR war (trotz ihres Namens) natürlich keine Demokratie. Daran erinnert zum Beispiel dieses bunte Stück der Berliner Mauer mit dem Graffiti „Stay free.“

Die Herrschaft des Volkes ...

Menschenrechte, Meinungsfreiheit, politische Teilhabe, Gewaltenteilung, unabhängige Gerichte – und freie Wahlen wie jetzt bald wieder die zum Deutschen Bundestag: All das macht die demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung aus, in der wir Bundesbürger seit 1949 leben dürfen. Weltweit allerdings sind laut Bertelsmann-Stiftung derzeit Autokratien auf dem Vormarsch: Allein in den letzten zwei Jahren waren Wahlen in 25 Staaten weniger frei als zuvor, 39 Länder schränkten die Meinungsfreiheit ein.

... entstand in Griechenland

Die Wiege der Demokratie steht im antiken Griechenland: Im Jahr 508 vor Christus führte Athen die Volksherrschaft ein. Frauen und Sklaven hatten allerdings kein Mitspracherecht. Die USA sind die am längsten bestehende Demokratie der Welt – seit 1776. Seit dem Wahlsieg von US-Präsident Donald Trump befürchten aber viele Experten eine dauerhafte Schwächung der demokratischen Institutionen dort.

... fördert Wachstum

Der Wandel eines Staates zur liberalen Demokratie steigert das Wirtschaftswachstum dauerhaft. Das hat das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung im Ländervergleich nachgewiesen.

„Demokratie spielt für den Wohlstand eine wichtige Rolle“

Professor Daron Acemoglu, MIT, Nobelpreisträger 2024

... ist bedroht von Populisten

Populistische Regierungen spalten bald das Land, zerstören die Demokratie und richten auf Dauer erheblichen wirtschaftlichen Schaden an, wie Daten einer historischen Studie über 60 Staaten vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel zeigen. Wachstum und Konsum sinken, die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander. Das der Bevölkerung oft versprochene bessere Leben lässt sich laut der Studie „eindeutig nicht feststellen“.

... braucht Schutz

„Demokratie ist kein Selbstläufer, sie lebt von Beteiligung.“ Das betont die Bundeszentrale für politische Bildung. Wer jetzt wählen geht, sollte natürlich für Parteien stimmen, die die Demokratie unterstützen.

Anja van Marwick-Ebner und Friederike Storz

Eiskalt erwischt?

Das Ding

Jeden Winter grüßt das Murmeltier: Vereiste Autotüren, festgefrorene Scheibenwischer ... Diese Tricks helfen!

01

Brrr, ein frostiger Morgen. Die Welt glitzert vor Eis, der Atem hängt in der Luft. Am Auto: Ein Knirschen, ein Knacken, schlimmstenfalls ein Fluchen – die Tür klemmt, die Scheibenwischer sind festgefroren. Wir sind natürlich in Eile, die Arbeit ruft. Doch Vorsicht: Wer jetzt ruckartig die Tür aufreißt oder mal eben den Scheibenwischer anwirft, riskiert mehr als schlechte Laune: teure Schäden an den Gummidichtungen!

02

Der Grund für die Eisbildung: Über Nacht friert gesammelte Feuchtigkeit an den Türdichtungen und verwandelt die Autotüren in eisige Barrieren. Ähnlich verhält es sich mit den Scheibenwischern. Die Restfeuchtigkeit gefriert an den Wischerlippen und lässt sie an der Windschutzscheibe kleben. Gummidichtungen an den Türen und Scheibenwischern bestehen meist aus EPDM, das steht für Ethylen-Propylen-Dien-Kautschuk. Dieses Material ist besonders elastisch sowie witterungs- und UV-beständig – allerdings kann es bei Kälte spröde werden.

03

Damit Dichtungen und Wischer geschmeidig bleiben, gilt: Vorbeugen ist die beste Medizin. Silikonspray oder spezielle Gumpfpflege mit einem weichen Tuch auftragen, alle zwei Wochen, raten Hersteller – so bleiben die Dichtungen flexibel und frieren nicht fest. Haushaltsmittel wie Butter, Melkfett oder Hirschtalg sind keine Alternative! Sie können Schmutz binden und die Gummis spröde machen – der ADAC rät deshalb davon ab.

04

Es kann auch helfen, vorsorglich die Scheibenwischer über Nacht hochzuklappen oder eine Schutzfolie auf die Scheibe zu legen. Ist dennoch mal was zugefroren, schaffen Enteisungssprays schnelle Abhilfe – schonend und ohne das Gummi zu beschädigen. Frostschutz im Wischwasser verhindert übrigens, dass die Düsen einfrieren. Und wenn die Tür hartnäckig klemmt? Einfach die Beifahrertür ausprobieren oder über den Kofferraum einsteigen. Jedenfalls: keine Gewalt!

05

Ach ja: Finger weg von dubiosen „Lifehacks“. Angebliche Tricks mit Toilettenpapierrollen oder Pizzakartons unter den Scheibenwischern richten mehr Schaden als Nutzen an: Sie saugen Feuchtigkeit auf, gefrieren – und reißen dann beim Entfernen, sodass oft Papierfetzen haften bleiben. Noch gefährlicher ist es, heißes Wasser über Scheiben oder Türschlösser zu gießen. Der plötzliche Temperaturwechsel kann sie springen lassen oder den Lack beschädigen. Also: Lieber clever handeln, als sich kalt erwischen lassen!

Roman Winnicki

Fotos: An-T (Scheibenwischer), Aleksandr Kondratov (Gummidichtung), Elena Chelysheva (Eiskristalle) – alle: stock.adobe.com

Der Einwuff

Glosse

Was ist rot, gelb, grün und fast so schnell zerbröselt wie ein Hundekeks im Maul eines Dobermanns? Wuff! Klar: die Ampel. Und was haben wir damit? Eine Großbaustelle ohne Bauarbeiter! So stand es zumindest in meinem Bellhausener „Revier-Kurier“. Der gescheiterten Koalition habe auch der Biss gefehlt, hieß es da weiter – hechel. Aber geschenkt. Wer erst bellt, wenn der Postbote längst um die Ecke ist, riskiert nur Heiserkeit...

Und jetzt mal im Ernst: Eine wichtige Wahl steht vor der Tür! Meine wohlklingende Stimme ist da ja leider nicht zugelassen, aber Frauchen und Herrchen machen am 23. Februar so selbstverständlich wie selbstbewusst ihre Kreuzchen. Und Sie? Sind Sie womöglich noch unentschlossen?

„Bringt doch nix“, jaulen manche Wahlverweigerer, „es ändert sich ja sowieso nix ...“ So hundefaul wie gefährlich, diese Meinung! Eine geringe Wahlbeteiligung stärkt nur die Parteien am extremen rechten und linken Rand.

Und was wir in Deutschland gerade jetzt brauchen, ist eine stabile Regierung mit einer soliden Mehrheit, von möglichst vielen Herrchen und Frauchen getragen. 76 Prozent Wahlbeteiligung hatten wir zuletzt, da geht bei uns doch noch mehr, oder? Also: Ob mit oder ohne einen meiner Artgenossen an der Leine – nutzen Sie Ihr Wahlrecht!

Dass Sie das dürfen, ist übrigens nicht so selbstverständlich. 39 Prozent der Menschheit leben in autoritären Staaten, in zwei Dutzend weiteren Ländern waren die Wahlen zuletzt weniger frei als zuvor. Wo aber politische Teilhabe schwindet, ballt sich Macht bald unkontrolliert zusammen, wird die Justiz zum Werkzeug der Herrschenden, bröckeln die Grundrechte. Unsere Staatsform dagegen, die Demokra-



Foto: Lars Kaletta

Bonzo ist das Maskottchen der Kautschukindustrie bei der IdeenExpo.

tie, zahlt sich für alle aus: Das gilt menschlich wie wirtschaftlich. Legen Sie sich also nicht selbst an die kurze Leine – gehen Sie wählen.

Bonzo, der Ballonhund